Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Die Zeitung kostet monatlich 1 Reichsmark, einzelne Nummer 10 Pfennige.

Amtsblatt: Tageblatt Anzeiger Erzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 153 — Sonnabend, den 2. Juli 1932 — 27. Jahrgang

Der Reparationskampf in Lausanne

Einigung vorläufig aussichtslos

Lausanne, 30. Juni. Das Bild der Konferenz von Lausanne scheint sich wie folgt darzustellen: Die Bemühungen um eine Verständigung über die Annullierung der Reparationen sind mit großem Eifer fortgeführt worden. Formulierungen wurden vorgeschlagen, aber eine Einigung bisher nicht gefunden, hauptsächlich, weil die Franzosen den Unsicherheitsfaktor Amerika ins Gewicht führen, der dadurch gegeben ist, daß Washington es bis nach den Präsidentenwahlen wiederholt und entschieden abgelehnt hat, sich irgendwie in diese finanzielle Auseinandersetzung Europas hineinziehen zu lassen. Die wiederholte Bezugnahme MacDonalds auf Amerika in seinem gestrigen Resumee vor den sechs einladenden Mächten zeigt, daß auch er sich von dem französischen Einwand hat beeindrucken lassen. Herriot kämpft um eine Formel, die die vollständige Annullierung der Reparationen gewissermaßen von dem künftigen amerikanischen Verhalten abhängig macht und steht damit im Gegensatz mit dem Ziel der Konferenz, eine endgültige Regelung zu erreichen und zu dem deutschen Bedürfnis nach dem coup d'éponge, der als grundlegende Bedingung für die Wiederherstellung von Vertrauen und wirtschaftlicher Wohlfahrt ist und deshalb nicht aus egoistischen Gründen von deutscher Seite unverändert gefordert wird. Der Ausgang dieses Ringens steht im Augenblick noch offen, doch scheint die Entscheidung nahe bevorzustehen.

Herriot beim Kanzler

Lausanne, 30. Juni. In den Bemühungen um Herbeiführung einer Verständigung während der Sitzung des Büros ist soeben ein viel beachteter Schritt erfolgt, indem Herriot am Sitz der deutschen Delegation eingetroffen ist, um dem Reichskanzler einen Besuch abzustatten. Gleichzeitig ist eine kurze Unterbrechung in den andauernden Verhandlungen des Büros eingetreten, die von den verschiedenen beteiligten Delegierten teils zu Besprechungen, teils zu einer Stärkung benutzt wird. Ueber den bisherigen Verlauf der Verhandlungen ist nichts bekanntgegeben worden.

Lausanne, 30. Juni. Der Besuch Herriots beim Reichskanzler dauerte 40 Minuten. Nach Abschluß brachte der Reichskanzler dem französischen Ministerpräsidenten, der von den früheren französischen Botschaftsrat in Berlin, jetzigen Gesandten de la Boulaye begleitet war, an seinen Wagen und verabschiedete sich freundlichst von ihm. Da Herriot am Sonntagabend aus Paris wieder nach Lausanne zurückkehrt, scheint eine Beendigung der Konferenz, d. h. also ein Scheitern der heutigen Verhandlungen, nicht bevorzustehen.

Ueber den Wirtschaftsausschuß der Lausanner Konferenz erfährt man noch, daß jede der sechs einladenden Mächte durch ein Mitglied in demselben vertreten sein wird. Außerdem soll der Völkerbund gebeten werden, in das Komitee drei Vertreter zu entsenden, die Angehörige anderer als der sechs einladenden Mächte sein müssen. Weiter verlautet, daß man hoffe, zu einem späteren Zeitpunkt dann auch noch eine Einladung an Amerika ergehen zu lassen, ebenfalls ein Mitglied in den Ausschuß zu entsenden, das an den endgültigen Vorbereitungen der Weltwirtschaftskonferenz mitarbeiten möge. Ueber den Tagungsort des Komitees wird hingegen erst die Vollversammlung der Konferenz entscheiden.

Frankreichs Standpunkt

Die Antwortrede des französischen Finanzministers

Lausanne, 30. Juni. Die französische Delegation übergab heute abend der französischen Presse die Antwortrede, die gestern abend Germain Martin in Beantwortung der Rede des deutschen Reichsfinanzministers hätte halten sollen. Die Antwort geht von der Vorgeschichte der Lausanner Konferenz aus. Sie spricht von der Krise, der das Hoover-Moratorium keinen Einhalt hatte gebieten können. Nach Ansicht der französischen Regierung sei die Kreditkrise im Grunde der Fortdauer der politischen Unsicherheit und dem Mangel an Vertrauen in die internationalen Beziehungen zuzuschreiben. Eine Wiederherstellung des Vertrauens, die für den Kredit notwendig ist, wird eine sichtliche und unbestreitbare Besserung in den internationalen Beziehungen herbeiführen.

Frankreich gibt zu, daß eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft endgültig sein muß

und daß auch die wirtschaftlichen und kommerziellen Verhältnisse der anderen Länder geregelt werden müssen, um so eine allgemeine Prosperität zu erzielen. Ferner wird auf die Friedensverträge und auf die Haager Abkommen Bezug genommen. Die bekannte französische These wird wieder vertreten, daß ein einseitiger Abbau der deutschen Schuld nur die Folge hätte, Frankreich die ganze Last der Zahlungen aufzubürden, wenn Amerika sich nicht bereit erklärt, Frankreichs Schulden zu streichen. Die Opfer müßten gleichmäßig verteilt werden. Frankreich sei aber nicht nach Lausanne als unerbittlicher Gläubiger gekommen. Frankreich sei bereit, die Reparationszahlungen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten zu vereinigen. Grundlage für die französische Haltung sei der Baseler Sachverständigenbericht, den auch der deutsche Finanzminister erwähnt habe.

Frankreich wolle den Frieden im Rahmen einer fortdauernden Zusammenarbeit. Es müsse seine Interessen verteidigen, es habe aber auch den sehnlichen Wunsch, die deutschen Sorgen und Nöte zu verstehen. Frankreichs Vorschläge seien vernünftiger.

Die beiden großen Völker Mitteleuropas müßten sich sich näher kommen,

um die europäische Wirtschaft in einem universellen Rahmen wieder herzustellen. Nur eine Entente zwischen Deutschland und Frankreich und gegenseitige Verständigung könne dem deutschen Volk seinen Wiederaufstieg sichern.

Nunmehr werden

die französischen Vorschläge

aufgezählt: eine endgültige Regelung, die weder den deutschen Kredit untergraben, noch Schwierigkeiten in den internationalen Beziehungen hervorrufen könne, sei notwendig. Dieser Gedanke wird folgendermaßen ausgeführt: 1. z. B. eine allgemeine Suspension der Zahlungen während zwei oder drei Jahren, um Deutschland die Zeit zu geben, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. 2. die Reichsbahn oder andere Institutionen sollen die notwendigen Summen für einen Zinsendienst und die Amortisation von Bonds, die das Reich garantieren würde, der B.J.Z. zur Verfügung stellen. Diese Bonds würden eine Rücklage für eine Regelungsgrundlage bilden. Durch diese Endregelung würden künftige Konsequenzen oder sonstige wirtschaftliche Schwierigkeiten ausgeschlossen.

Die deutsche These des „Schwammwisches" sei nur eine theoretische Lösung.

Der „Schwammwisch" enthalte nicht die Elemente, die für eine Regelung mit den Vereinigten Staaten von Amerika notwendig seien. Die französische Delegation wisse, daß eine Streichung der Reparationen ihrerseits in Amerika falsch aufgefaßt werden könne. Daher müsse man zu einer praktischen Lösung kommen. Das Manuskript analysiert ferner die Natur der Kreditkrise in Deutschland nach der bekannten französischen Auffassung. Es bejaht, daß Deutschland mit den Krediterleichterungen, die es genossen habe, seine Wirtschaft in einem solchen Maße rationalisiert habe, daß

die Folgen davon Arbeitslosigkeit und schwere Störungen des wirtschaftlichen Lebens

seien. Jedoch sei dies nicht allein in Deutschland der Fall.

Auf den Hinweis des deutschen Finanzministers, daß die innere Schuld Frankreichs nach dem Hoover-Moratorium sich noch erhöht habe, wird geantwortet, daß eine solche Schuld alle Unternehmungen in allen Ländern belaste. Frankreich habe sich nicht so sehr wie Deutschland um kurzfristige Kredite bemüht, die Deutschland dann in Unternehmungen auf lange Sicht investiert habe. Deutschland habe z. B. nach dem Kriege kostspielige telephonische Kabelanlagen gebaut, sein Transportwesen verbessert und seine Handelsflotte ausgebaut, die, wenn sie auch eine geringere Tonnage als in der Vorkriegszeit habe, dies durch ihre technische Vervollkommnung wieder wettmache.

Die Inflation in Deutschland

habe den Nominalwert der Unternehmungen valorisiert. Die deutsche Industrie habe nachher Auslandskredite aufgenommen, um ihren Produktionsprozeß zu vervollkommnen. Auch aus diesem Grunde könne Frankreich nicht auf eine Streichung der Schulden eingehen, die der deutschen Industrie die größten Expansionsmöglichkeiten geben würde.

Die Reichsbahn würde eine begünstigte Stellung einnehmen, wenn sie von allen Reparationslasten befreit würde. Frankreich habe mit den Reparationen der deutschen Wirtschaft keine Fesseln anlegen wollen, sondern immer dafür gesorgt, daß die Reparationen nie eine übermäßige Last für die deutsche Wirtschaft bilden würden. Frankreich erkenne an, daß Deutschland im Augenblick keine Zahlungen leisten könne. Es nehme den Bericht der Baseler Sachverständigen als Grundlage an. Jedoch müsse man anerkennen, daß Frankreich diesen Zustand der unterbrochenen Zahlungen ohne die Möglichkeit der Wiedergewinnung der geliehenen Summen

nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung

ertragen könne. Diese Unterbrechung der Zahlungen müsse der Zeit entsprechen, die die deutsche Wirtschaft für ihren Wiederaufbau brauche.

Die Rede schließt mit der Versicherung, daß Frankreich bereit ist, Formeln für die Regelung zu studieren, die im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaft stehen. Deutschland solle sich aber auch nicht auf die gegenwärtige Krise berufen, um eine Reparationsstreichung zu erlangen und um so alle Zahlungen auch nach Eintritt einer Besserung der Weltwirtschaft vermeiden zu können. Jeder unvorsichtige Schritt könne hier zur Folge haben, daß ein Staat, der bisher Gläubiger gewesen sei, nun Schuldner würde, ohne hoffen zu können, daß seine inneren Lasten und seine äußeren Schulden annulliert würden. Ein solcher unvorsichtiger Schritt würde auch den finanziellen Zusammenbruch der kleineren Staaten herbeiführen. Frankreich wünsche aus allen diesen Gründen, eine der Lage entsprechende Haltung einzunehmen, und es habe den besten Willen, im Rahmen eines allgemeinen Einvernehmens sich am Wiederaufbau des europäischen Kredits und der europäischen Wirtschaft zu beteiligen.

Kein deutsches Angebot

Lausanne, 1. Juli. Der Reichskanzler, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und Staatssekretär von Bülow werden in Fortsetzung der Besprechungen heute vormittag 9 Uhr dem Vorsitzenden der Konferenz, MacDonald einen Besuch abstatten.

Die Bemühungen zur Schaffung eines mit den deutschen Bedürfnissen in Einklang stehenden neuen Vorschlages sind bisher nicht zum Abschluß gelangt. Nachrichten, die von einem deutschen Angebot in irgendeiner Form wissen wollen, sind unzutreffend. Die früheren Vorschläge der Gegenseite waren nicht geeignet, das Ziel einer definitiven Regelung zu erreichen.

Preußen und die geforderten Zeitungsverbote

Der preußische Minister des Innern ruft das Reichsgericht an

Berlin, 30. Juni. Der Minister des Innern, Severing, hat auf das Ersuchen des Reichsministers des Innern, den „Vorwärts" und die „Kölnische Volkszeitung" auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf fünf Tage zu verbieten, am 29. Juni d. J. geantwortet, daß er die gesetzlichen Voraussetzungen für Verbotsmaßnahmen gegen diese beiden Zeitungen nicht als gegeben erachte. Der preußische Minister des Innern hat daher gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 die Entscheidung des Senats des Reichsgerichtes angerufen.

Neuer politischer Mord

Kein Tag ohne blutige Politik

Köln, 1. Juli. Im Verlaufe einer politischen Auseinandersetzung ist heute vormittag ein verheirateter Mann von einem Motorradfahrer durch einen Schuß so schwer verletzt worden, daß er auf dem Transport nach dem Kran-